

11. Kadener Gespräch



Tagungsbericht

Top oder Flop? Deutschland ein Jahr vor der Bundestagswahl

*Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 6. September 2024 auf Gut Kaden*

Hintergrund

Die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 28. September 2025 wirft ihre Schatten voraus. Nach erheblichen Stimmenverlusten bei Landtagswahlen und der Europawahl 2024 müssen die Parteien der Bundesregierung – SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP – sich neu sortieren und einer kritischen Bilanz ihrer Regierungsarbeit unterziehen. Angetreten waren sie unter der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ ihres Ende 2021 vereinbarten Koalitionsvertrages, der eine „notwendige Modernisierung“ Deutschlands anvisiert.

Doch wieviel Fortschritt und Modernisierung hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren – trotz Ukraine-Krieg, Energiekrise, Inflation und geopolitischer Spannungen – faktisch erreicht und was ist in den verbleibenden Monaten bis zur Bundestagswahl noch zu erwarten? Wie gut ist Deutschland durch die Krisen gekommen und für gegenwärtige sowie zukünftige Herausforderungen gewappnet? Wo steht der Wirtschaftsstandort Deutschland heute und welche Wirtschaftspolitik ist erforderlich, um Investitionen und Wachstum nachhaltig zu stärken? Wieviel staatlicher Planung und Finanzierung bedarf es für den Wohlstand von morgen?



Dr. Lutz Peters, Gastgeber des Expertengesprächs auf Gut Kaden, und **Prof. Dr. Michael Eilfort** bei der Begrüßung der Gäste.

Diese und weitere Fragen hat die Stiftung Marktwirtschaft am 6. September 2024 auf Gut Kaden auf Einladung von Gastgeber **Dr. Lutz Peters** mit renommierten Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutiert. Nach Begrüßung der Gäste durch Dr. Peters und Einführung in das Thema durch Stiftungsvorstand **Prof. Dr. Michael Eilfort** moderierte erstmals **Gabor Steingart**, Gründer und Herausgeber von *The Pioneer*, pointiert und mit Verve diese 11. Kadener Gespräche.



The Pioneer-Herausgeber **Gabor Steingart** moderierte die Tagung.

Referenten

Wo steht Deutschland heute und wie erreichen wir mehr Fortschritt ab 2025?

Philipp Amthor MdB

Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Josef Joffe, Ph.D.

Publizist

Wieviel staatliche Planung und Finanzierung für den Wohlstand von morgen?

Boris Palmer

Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

Jeromin Zettelmeyer, Ph.D.

Direktor des Brüsseler Thinktanks Bruegel

Philipp Amthor MdB

Für eine neue Steuerpolitik, Leistungskultur und Staatsstruktur

„Um die deutsche Wirtschaft steht es schlecht“, stellt Philipp Amthor MdB, Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern, eingehend fest. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland würden sich zunehmend verschlechtern. Eine besondere Verantwortung trüge die derzeit regierende „Ampelkoalition“, aber mitschuldig daran seien auch vorangegangene Bundesregierungen, merkt Amthor an. Die CDU habe eine kritische Reflexion ihrer Regierungszeit vorgenommen. Man sei bei der Bundestagswahl 2021 nicht abgewählt worden, weil die anderen Parteien einen besseren Wahlkampf gemacht hätten, sondern weil die Politik der CDU nicht gut genug war. Die Partei habe ihre Fehler erkannt, intensiv aufgearbeitet und sich nicht zuletzt durch das im Mai 2024 verabschiedete Grundsatzprogramm inhaltlich erneuert. Die CDU werde sich künftig wesentlich stärker für Freiheit und Wohlstand in Deutschland einsetzen. Dies sei dringend notwendig, denn das Land befände sich auf einem abschüssigen Weg der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs. Dem müsse entschieden und schnellstmöglich entgegengetreten werden.

Es gelte, den Blick nach vorn zu richten, anstatt Verfehlungen der Vergangenheit lange auszubreiten. Noch verfüge Deutschland über eine solide wirtschaftliche Substanz, in der Potenzial für eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung stecke. Die Abschaffung des Lieferkettengesetzes, eine Senkung der



Stromsteuer sowie eine Reform des Bürgergeldes seien nur erste notwendige Schritte zur Hebung dieses Potenzials. Um jedoch nachhaltig wirksam zu sein, müssten sie in strukturelle Reformen eingebettet werden, die dieses Land von Grund auf wieder wettbewerbsfähig machen. „Was Deutschland braucht, ist eine grundlegende Erneuerung seiner Steuerpolitik, Leistungskultur und Staatsstruktur“, fordert Amthor.

Die Bundesrepublik sei nicht nur Hochsteuerland, sondern Höchststeuerland. Dementsprechend müsse das Steuersystem vereinfacht und die Steuerlast gesenkt werden. Besonders die Unternehmen würden in kaum einem anderen Land mehr zur Kasse gebeten als hierzulande. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die Unternehmensteuer auf 25 Prozent sinken. Um die Komplexität des Steuersystems insgesamt zu verringern, könne man sich an dem bekannten Ausspruch „No taxation without representation“ orientieren, nach dem ein klarer Zusammenhang zwischen Steuern und demokratischer Legitimation zwingend sei. Das überkomplexe deutsche Steuersystem widerspreche aber diesem Grundsatz. Es brauche vor allem weniger Steuerarten und Ausnahmen, mehr Steuerklarheit sowie mehr föderale Verantwortung und Transparenz. Die Bürger müssten Steuern nachvollziehen können, um das Vertrauen in den Staat zu behalten. Dazu gehöre, dass Steuern nicht als Lenkungs- und Bestrafungsinstrument benutzt werden

dürften, ohne dabei den Willen der breiten Bevölkerung hinreichend abzubilden. „Der Staat soll Dienstleister und nicht Lehrmeister sein. Hierzulande gefällt man sich zu oft als letzterer“, kritisiert Amthor.

Darüber hinaus brauche es eine neue Leistungskultur, was insbesondere einen neu ausgerichteten Sozialstaat erfordere. Dieser müsse sich auf die tatsächlich Bedürftigen fokussieren und die anderen zu mehr Leistung anspornen. Wer arbeiten könne, solle auch arbeiten. Das gegenwärtige Bürgergeld dagegen halte viele Menschen vom Arbeiten ab und unterminiere so den Leistungswillen. Dass die CDU das Bürgergeld zu Beginn noch unterstützt habe, sei ein schwerer Fehler gewesen. Inzwischen sei klar: Man brauche eine neue Grundsicherung des Förderns und Forderns, die stärkere Arbeitsanreize setze. Eine führende Industrienation benötige dringend mehr Arbeitskräfte. Ideen wie die Vier-Tage-Woche führten darum in die gänzlich falsche Richtung und setzten ein fatales Signal. Mit Vorschlägen wie steuerfreie Zuschläge für Überstunden oder der Aktivrente wirke die CDU dem entgegen, erläutert Amthor und fügt an: „Arbeit ist zwar nicht der zentrale Sinn des Lebens, aber doch sinnstiftendes und solidarisches Element in einem gelingenden Leben.“

Schließlich müsse der Staat sich stärker aus der Wirtschaft zurücknehmen und seine eigenen Strukturen verschlanken. Der Staatsapparat habe sich in den vergangenen Jahren übermäßig aufgebläht. Vor zehn Jahren seien in der Kernverwaltung der Bundesministerien 17.500 Menschen beschäftigt gewesen, heute seien es über 30.000 Beschäftigte. Stellen müssten nicht stetig aufgebaut, sondern perspektivisch eingespart werden. Auch bei den 962 nachgeordneten Bundesbehörden gebe es Einsparpotenzial. „Eine Politik, die Akzeptanz für Reformen und einen Richtungswechsel einzuwerben hat, muss als Erstes bei sich selbst anfangen“, schlussfolgert der CDU-Politiker.



Dr. Thomas Petersen

Die Unzufriedenheit wächst, das Vertrauen schwindet



„Die deutsche Bevölkerung blickt so pessimistisch in die Zukunft wie seit langem nicht mehr“, warnt Meinungsforscher Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach. Im Jahr 2022 hätten lediglich 28 Prozent der Befragten hoffnungsvoll dem darauffolgenden Jahr entgegengesehen. Ein so geringer Wert sei seit dem Jahr 1951 nicht mehr gemessen worden. Dieser allgemeine Pessimismus sei verknüpft mit einem starken Gefühl der Orientierungslosigkeit. So hätten 59 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt, dass sie „die Welt nicht mehr verstehen“ könnten. Das sei der höchste Wert, seit die Frage in den frühen 1990er Jahren zum ersten Mal gestellt wurde.

Diese Verunsicherung sei Folge der zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre. Üblicherweise sei zu erwarten, dass sich



in Zeiten großer Verunsicherung die Menschen an den Staat als Schutzmacht wendeten und die Stunde der Exekutive schlage. In Deutschland allerdings gehe der weitverbreitete Pessimismus mit einer ausgeprägten Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und den etablierten Parteien einher. Zwei Drittel der befragten Bevölkerung seien der Meinung, dass „die Bundesregierung die Situation nicht im Griff“ habe. Selbst unter den Wählerinnen und Wählern der drei Regierungsparteien sei die Mehrheit dieser Auffassung. Dazu passten die schlechten Zustimmungswerte für Bundeskanzler Olaf Scholz. Im August 2024 hätten nur noch 13 Prozent der Befragten angegeben, mit seiner Arbeit einverstanden zu sein, während 51 Prozent dies ausdrücklich verneinten. Dies sei fast ein historischer Negativrekord, unterstreicht Petersen. Nur 2004 habe es einen geringeren Wert gegeben, als lediglich 12 Prozent mit der Arbeit des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder einverstanden gewesen seien.

Diese große Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zeige sich ebenso in der sogenannten Sonntagsfrage. Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen laut aktueller Allensbach-Umfrage die drei Regierungsparteien zusammen gerade noch auf einen genauso großen Stim-

menanteil wie die größte Oppositionsfraktion CDU/CSU. Besonders stark habe dabei die Partei Bündnis 90/Die Grünen an Zustimmung verloren. Trotz positiver Darstellung in den Medien und obwohl sie vor fünf Jahren kurzzeitig hoch in der Wählergunst gestanden habe, seien die Grünen in Teilen des Landes inzwischen geradezu verhasst. Im Angesicht dieser schlechten Umfragewerte der Regierungsparteien sei es jedoch der CDU nur in einem vergleichsweise geringen Maß gelungen, neue Wähler an sich zu binden. Wie Petersen aufzeigte, wählten oder tendierten stattdessen signifikante Anteile der Wahlbevölkerung mittlerweile zu Parteien der „politischen Ränder“.

Spannend sei daher die Frage, warum sich Menschen vermehrt diesen „radikaleren“ Parteien zuneigten. Allgemein zeige sich ein schwindendes und mangelndes Vertrauen in demokratische Institutionen. Während dieses Vertrauen in der Bevölkerung seit den 1990er Jahren zunächst kontinuierlich stieg, sei im Jahr 2021 – vermutlich aufgrund der Corona-Pandemie – eine jähe Wende eingetreten, die zu einem drastischen Rückgang des Vertrauens zurück bis auf das Niveau der 1990er Jahre geführt habe. In der Bevölkerung habe sich Ärger und Verunsicherung aufgestaut. Besonders deutlich könne man das an dem wachsenden Gefühl ablesen, an politischen und gesellschaftlichen Prozessen weniger partizipieren und diese weniger beeinflussen zu können. Weitere Gründe seien eine wachsende Unzufriedenheit mit der Einwanderungspolitik, ein empfundener gesellschaftlicher Notstand und verbreiteter Kulturpessimismus. Für radikalere Parteien zu stimmen, sei nach wie vor ein Ausdruck von Protest, der Sehnsucht nach mehr Volksnähe und das Empfinden, sich von Normen der politischen Korrektheit befreien zu müssen. Sowohl bei Wählern der Alternative für Deutschland (AfD) als auch bei Sympathisanten mit dem neuen Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) käme zudem eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere der Russlandpolitik, hinzu, wie Petersen abschließend zu bedenken gab.





Josef Joffe, Ph.D.

Deutschland und Europa brauchen mehr Exzellenz und weniger Egalität

„Europe’s growth is extremely fragile. The risk is concentrated in Germany.“ Mit diesem Zitat aus dem Economist bringt Josef Joffe, Ph.D., die Kernbotschaft seines Vortrags auf den Punkt. Der Publizist und ehemalige *ZEIT*-Herausgeber zeigt auf, dass die europäische Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um lediglich fünf Prozent gewachsen sei, die deutsche sogar nur um ein Prozent. Ein Blick über den Atlantik verdeutliche die Probleme. Seit Jahren gehe die wirtschaftliche Entwicklung der USA und der EU auseinander. Seit der Corona-Pandemie liege das reale Wachstum der US-Wirtschaft wieder bei durchschnittlich etwa drei Prozent, während Deutschland erneut nur an der Nulllinie kratze. Auch der Vergleich mit der Performance der EU falle für Deutschland nicht erfreulich aus, da die europäische

Wirtschaft im Durchschnitt wenigstens etwas wachse. „Die EU hinkt den USA ökonomisch hinterher und Deutschland ist noch langsamer“, konstatiert Joffe.

Das vordringlichste Problem sei die Überregulierung. Die USA stünden für Innovation, die EU für Regulation. Letztere unterdrücke Unternehmergeist und zukunftsgerichtete Investitionen. Die mangelnde Innovationskraft auf dem europäischen Kontinent könne man nicht nur an der wirtschaftlichen Dynamik, sondern bereits daran erkennen, dass es in der EU keine Spitzenuniversitäten mehr gebe und kaum Innovationszentren wie das Silicon Valley. Zu der Überregulierung geselle sich ferner eine zu hohe Staatsquote in den europäischen Ländern, erläutert Joffe. In Frankreich machten staatliche Aktivitäten 57 Prozent des BIP aus, in Deutschland 48 Prozent – in den USA hingegen nur 38 Prozent. Das seien Anteile, die dem freien Wirken der Marktkräfte nicht zur Verfügung stünden und so in der EU eine vitale wirtschaftliche Entwicklung zu ersticken drohten.

Hinzu komme eine extrem hohe Steuerlast, die den Unternehmen das produktive Kapital entzöge, welches sie ansonsten investieren würden. Dies beschränke besonders auf privater Ebene notwendige Investitionen in Forschung und Entwicklung. Amerikanische Unternehmen investierten viermal mehr in Künstliche Intelligenz als europäische. Insgesamt betrachtet fielen die privaten Investitionen in den USA knapp doppelt so hoch aus wie in der EU. Deutsche Unternehmen hätten im vergangenen Jahr 16 Milliarden Euro investiert – was kein schlechter Wert sei –, davon aber nur sechs Milliarden im eigenen Land. „Die geringen inländischen Direktinvestitionen sind ein deutliches Indiz dafür, wie unattraktiv der Standort Deutschland geworden ist“, mahnt Joffe.



Boris Palmer

Deindustrialisierung Deutschlands als Krankheit noch ohne Symptome



In den USA sei zudem die Arbeitslosigkeit nur etwa halb so hoch wie diesseits des Atlantiks, was an der größeren Flexibilität des amerikanischen Arbeitsmarktes liege. In Europa hingegen würden Arbeitsplätze nicht entsprechend sich verändernden Gegebenheiten angepasst, sondern bei wirtschaftlicher Schieflage oft künstlich am Leben erhalten, was zu einer hohen Unproduktivität beitrage. Darüber hinaus gebe es weitere Unzulänglichkeiten im deutschen Arbeitsmarkt: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter sei deutlich zu niedrig und die Integration von neu zugewanderten Arbeitskräften viel zu langsam. Bei allen diesen Punkten schnitten die USA deutlich besser ab. Besonders was die Integration von Einwanderern in den Arbeitsmarkt angehe, bestehe hierzulande Handlungsbedarf. Man brauche diese Arbeitskräfte, und zwar schnell. So könne es nicht angehen, dass noch immer viel zu viele ausländische Ausbildungsabschlüsse nicht oder zu langsam anerkannt würden, betont Joffe: „Eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt würde zudem die gesellschaftliche Integration erleichtern.“

Der aktuelle Zeitgeist verschärfe überdies die Probleme, hob Joffe in der anschließenden Diskussion mit den Tagungsteilnehmern hervor. Werte wie Wohlstand und Wirtschaftswachstum verlören im öffentlichen Bewusstsein an Bedeutung. An ihre Stelle trete der Wunsch nach mehr Freizeit, kombiniert mit einer wachsenden Staatsgläubigkeit. Mehr Regulierung, Intervention und Subvention gälten vielen als das Gebot der Stunde. Es herrsche gerade in Deutschland die Entschleunigung; besser Fahrradwege als Bahntrassen. Egalität schlage Exzellenz: „Der ‚Drive‘ ist raus. Zeit zum Aufwachen!“

„Sogar in Baden-Württemberg wird langsam deutlich, dass Deutschland wirtschaftlich in schwieriges Fahrwasser gerät“, konstatiert Boris Palmer. Der seit dem Jahr 2007 amtierende Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen könne aus Sicht eines „Sensors an der Basis“ relativ gut erkennen, wie die Stimmung vor Ort sei und wo sich makroökonomische Fehlentwicklungen in der Praxis konkret äußerten. Seit etwa zwei Jahren spüre er eine immer düster werdende Grundstimmung in der Wirtschaft. Gerade mittelständische Unternehmen klagten vermehrt über massive Standortnachteile und dächten über Standortverlagerungen nach. Neugründungen würden kaum mehr erwogen.



Die Bedrohung für den deutschen Wirtschaftsstandort sei real, dennoch finde sie in der Öffentlichkeit wenig Beachtung. Palmer erkläre sich dies dadurch, dass die derzeitige Situation als „Krankheit ohne Symptome“ beschrieben werden könne. Aufgrund des demografischen Wandels führe die wirtschaftliche Schieflage erst in geringem Ausmaß zu Stellenverlusten und Arbeitslosigkeit, so dass der Ernst der Lage bei der Bevölkerung bislang kaum ankomme. Dabei bräuchte es gerade jetzt eine breite Bewegung in der Bevölkerung, um notwendige und tiefgreifende Reformen anzustoßen. „Es ist allerhöchste Zeit, aufzuwachen und zu handeln“, mahnt der Oberbürgermeister.

Palmer identifiziert zwei wesentliche Ursachenbereiche für die schwierige wirtschaftliche Lage: einerseits Krisensituationen wie die Energiekrise und Inflation, andererseits eine überbordende Bürokratisierung und schleppend vorangehende Digitalisierung. In der Tübinger Stadtverwaltung sei dabei im Kleinen zu beobachten, was auch im Großen gelte: Einsparmaßnahmen stünden bevor, da die Ausgaben in den vergangenen Jahren massiv gestiegen seien. Staatliche Hilfen und andere Maßnahmen im Rahmen der Energiekrise, Inflationsausgleiche, neue Leistungsgesetze sowie steigende Flüchtlingszahlen belasteten den städtischen Haushalt schwer – so schwer, dass die entstehenden Lücken nicht mehr durch Überschüsse finanzierbar seien. Dadurch entstehe echte Mittelknappheit, die Zwietracht und Verteilungskonflikte nach sich ziehe.

Von der übergeordneten Bundes- und Landespolitik fordert Palmer, die Kosten aufgrund von Bürokratie und mangelnder Digitalisierung schnellstmöglich abzubauen. Bürokratische Verordnungen seien inzwischen so komplex, dass sie den Akteuren nahezu die Hände fesselten. Eine Trendumkehr sei nicht zu erkennen. Statt weniger, gäbe es zunehmend mehr Verordnungen und Berichtspflichten, da der irtümliche Glaube vorherrsche, man könne die Menschen auf diese Weise zu



„gutem“ Verhalten zwingen. Als besonders ärgerliches Beispiel führt Palmer Regularien im Bauwesen an. Das Baurecht sei inzwischen so komplex, dass rechtssichere Genehmigungen kaum mehr möglich seien, zumal die Überregulierung die Kosten massiv in die Höhe treibe. Helfen könne das von Palmer sogenannte „Projekt 2000“: Würde man alle Verordnungen aufheben, die seit dem Jahr 2000 im Bauwesen erlassen wurden, erziele man eine Reduktion der dortigen Vorschriften um rund 75 Prozent. Dieser Vorschlag entspräche einem radikalen, aber notwendigen Bürokratieabbau. Die Regulierungswut der vergangenen Jahrzehnte würde unternehmerischen Geist und Innovationstrieb im Keim ersticken. Ein aktuelles Beispiel böten die neuen Beschränkungen in Bezug auf Künstliche Intelligenz. Ehe sich dieses Zukunftsfeld entwickeln könne, habe man es in Deutschland und Europa bereits wegereguliert. Zu dieser mangelnden Technologieoffenheit komme eine zu langsame Digitalisierung hinzu. Hier bestünde großer Nachholbedarf, allem voran im Ausbau des Glasfasernetzes.

Die Bundespolitik habe zudem in den vergangenen Jahren eine Pfadabhängigkeit hin zur Elektromobilität geschaffen. Wenn man dies beibehalten wolle, müsse nun die Umsetzung konsequent vorangetrieben werden. Das EU-weite Verbrenner-Verbot sei jedoch der falsche Weg, da die Menschen bis kurz vor Inkrafttreten des Verbots nicht ausreichend darauf reagierten, warnt Palmer. Er fordere daher eine Zulassungssteuer für Verbrenner, die über die Zeit langsam ansteige. Die Einnahmen könne man nutzen, um höhere Prämien für den Kauf von Elektroautos zu zahlen. Solche oder ähnliche Unterstützungen seien dringend notwendig, um die deutsche Automobilindustrie in die Zukunft zu retten. Ansonsten werde Baden-Württemberg und mit ihm ganz Deutschland hart von Deindustrialisierung und Strukturwandel getroffen – mit kaum absehbaren Negativfolgen: „Wenn der ganze Cluster erstmal zerstört ist, dann baut den niemand mehr mit unseren Strukturen auf. Einen zweiten Anlauf gibt es nicht. Wir müssen jetzt das in die Zukunft retten, was wir haben“, resümiert Palmer.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Mehr Ordnungspolitik statt Staatsinterventionismus in der Wirtschaftspolitik

„In Deutschland hat die Neigung zu Staatsinterventionismus und Wirtschaftslenkung überhandgenommen, während Ordnungspolitik als regelbindende Grundlage für eine funktionierende Wirtschaftsordnung in der wirtschaftspolitischen Praxis eine immer geringere Rolle spielt“, kritisiert Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld. Der Sprecher des Kronberger Kreises erläutert, dass Interventionismus und Ordnungspolitik zwei zentrale, widerstreitende Paradigmen in der Wirtschaftspolitik seien. Interventionismus versuche, mit kleinteiligen Regelungen direkt in das Marktgeschehen einzugreifen, während Ordnungspolitik lediglich die Rahmenbedingungen definiere und ansonsten auf die Kräfte des Marktes vertraue. Dabei sei die Ordnungspolitik grundsätzlich vorzuziehen, da sie zu effizienteren und politisch beherrschbareren Konsequenzen führe. Interventionistischer Aktionismus hätte dagegen, gerade in den vergangenen Jahren, zu einem undurchsichtigen und ineffizienten Geflecht aus Ordnungsrecht, Subventionen und Industriepolitik geführt.

Feld betont, dass die daraus hervorgehende Überregulierung nicht nur den Unternehmen, sondern dem Staat selbst Probleme bereite. Man habe inzwischen einen Stand erreicht, auf dem der Staat allein aus Personalmangel nicht mehr in der Lage sei, alle seine Regelungen faktisch durchzusetzen. Das gelte vor allem für den Umweltschutz, in der Bauregulierung,



im Datenschutz sowie im Arbeitsrecht. Diese überbordenden Regulierungen seien für die Unternehmen sehr kostspielig. Noch gravierender sei aber die wirtschaftspolitische Unsicherheit, die mit dem fortwährenden Erlassen neuer Regularien einhergehe. Dadurch gebe es für die Unternehmen keine klare Perspektive und Verlässlichkeit.

Die Wirtschaft werde hierzulande mit einem toxischen Gemisch aus vier Kostendimensionen konfrontiert: Regulierungskosten, Arbeitskosten, Energiekosten und Steuerbelastung. In allen vier Bereichen lägen die Kosten in Deutschland weitaus höher als in anderen Industrienationen. Dies behindere die Investitionstätigkeit der Unternehmen massiv. Besonderen Fokus legt Feld auf die Arbeitskosten, die vor allem aufgrund steigender Lohnnebenkosten in die Höhe getrieben worden seien. Der demografische Wandel würde den Pool an gut qualifizierten Arbeitskräften sukzessive verkleinern, was die Kosten zusätzlich steigern würde. Dazu komme eine massive Re-Regulierung des Arbeitsmarktes seit 2013, wodurch die Erleichterungen aus den Reformen der „Agenda 2010“ allmählich wieder rückgängig gemacht worden seien. „Inzwischen wandern Unternehmen aufgrund der steigenden Arbeitskosten und sinkenden Arbeitszeiten sogar in vermeintlich teurere Länder wie die Schweiz ab“, warnt Feld auf Rückfrage von den Teilnehmern der anschließenden Diskussion.

Zu diesen Problemen kämen vor allem Kosten aufgrund der veränderten geopolitischen Lage und des Klimaschutzes hinzu. Insbesondere bei letzterem gebe es erhebliches Einsparpotenzial, wenn die Politik nicht weiter auf interventionistische Instrumente setze, sondern nach ordnungspolitischen Grundsätzen handle. International abgestimmte CO₂-Preismechanismen seien in der Klimapolitik deutlich kosteneffizienter bei der Identifizierung von Einsparpotentialen, effektiver in der CO₂-Reduktion und gewährleisten echte Technologieoffenheit. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollten über bereits bestehende Strukturen in den sozialen Ausgleich investiert werden, beispielsweise durch gezielte Steuersenkungen, fordert Feld. Neben dem CO₂-Preis bedürfe es nur subsidiärer Maßnahmen im kleineren Umfang, wie Unterstützung für die Grundlagenforschung und beim Infrastrukturausbau. Aktuell schade man dagegen mit Maßnahmen wie dem Verbrenner-Verbot allem voran der deutschen Wirtschaft mit ihrer starken Abhängigkeit von der Automobilindustrie, ohne dass dies dem Klimaschutz wirklich dienlich sei.

Schließlich brauche es mehr strukturelle Investitionen, insbesondere in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Zur Finanzierung werde oft gefordert, die Schuldenbremse aufzuweichen. Dies sei jedoch nicht hilfreich, da die Schuldenbremse die Politik dazu zwingt, Prioritäten bei ihren Ausgaben zu setzen, wodurch Reformdruck entstehe. Zudem gebe es andere Finanzierungsmodelle wie private Beteiligungen, auf die stärker gesetzt werden könne. „Die Politik wäre gut beraten, mit klassischer Angebotspolitik die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln zu verbessern und dadurch das Produktionspotenzial in der Wirtschaft zu erhöhen. Die transformative Angebotspolitik des Bundeswirtschaftsministeriums, die stark auf gezielte Investitionslenkung durch staatliche Subventionen setzt und diese über Staatsschulden finanziert, wird die strukturellen Probleme des Landes nicht lösen“, konstatiert Feld.



Jeromin Zettelmeyer, Ph.D.

Nationalstaatliche Fiskalpolitik durch europäische Schulden ergänzen



„Lars Feld und ich stimmen in vielem überein, besonders hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit einer geregelten Ordnungspolitik. Insofern können Sie mich gerne als die schuldenfreundlichere Version von Lars Feld betrachten“. So eröffnet Jeromin Zettelmeyer, Ph.D., seinen Vortrag. Er verstehe zwar das Reformdruck-Argument von Professor Feld hinsichtlich der Schuldenbremse, müsse aber konstatieren, dass es bislang wenig Reformen erwirkt habe. „Einigen wir uns darauf: Falls die kommende Bundesregierung auch unter einem Bundeskanzler Friedrich Merz keine nennenswerten Reformen hervorbringt, gehört die Schuldenbremse abgeschafft oder reformiert“, schlägt Zettelmeyer vor.

Der Direktor der Denkfabrik Bruegel mit Sitz in Brüssel legt den Fokus seiner weiteren Ausführungen zu der Frage, wieviel

staatliche Planung und Finanzierung für den Wohlstand von morgen erforderlich seien, auf die europäische Ebene. Europa weit bestehe massiver Investitionsbedarf, der den Staat als Impuls setzenden und planenden Akteur auf den Plan rufe. Besonders im Bereich der Infrastruktur bestünden massive Finanzierungslücken, die zumindest in Teilen nur durch eine ausgeweitete Neuverschuldung geschlossen werden könnten. Zettelmeyer betont, dass staatliche Planung und Finanzierung zwar mit Ineffizienzen einhergingen und für Missbrauch anfällig seien. Das Risiko ließe sich aber minimieren, indem beispielsweise Fördermittel über Auktionsverfahren durch unabhängige Stellen vergeben würden. Zentral sei, dass diese Vergabe wettbewerbs- und technologieoffen erfolge.

Seine Überzeugung, dass dem Staat bei der Planung und Finanzierung von Investitionen eine wichtige Rolle zukomme, begründet Zettelmeyer mit drei Argumenten:

Erstens werde die öffentliche Hand in jedem Fall erhebliche Finanzmittel beisteuern müssen, selbst wenn der private Sektor den überwiegenden Teil des Investitionsbedarfs stemme und über Preissignale wie die CO₂-Bepreisung zu Innovationen angespornt werde. Gemäß Berichten der Europäischen Zentralbank betrage die Investitionslücke auf EU-Ebene rund 5,4 Billionen Euro. Davon könnten über 75 Prozent privat finanziert werden. Den Rest müsse der Staat übernehmen, wobei aber nur 400 Milliarden Euro durch bestehende Gelder gedeckt werden könnten. Die verbleibende Lücke von etwa 900 Milliarden Euro (bzw. 0,6 bis 1 Prozent des BIP der EU) müsse also anderweitig finanziert werden, so Zettelmeyer.

Zweitens ließen sich die erforderlichen Investitionskosten wie auch die gestiegenen Energiekosten durch bessere wirtschaftspolitische Koordination auf europäischer Ebene verringern. Ein einheitlicher EU-Energiebinnenmarkt könne komparative Vorteile und Skaleneffekte besser ausnutzen



als die nationalstaatliche Ebene und müsse daher stärker vorangetrieben werden.

Drittens sei es für manche EU-Mitgliedstaaten schwer möglich, die neuen EU-Fiskalregeln einzuhalten, wenn zugleich die aktuelle Struktur des EU-Haushalts beibehalten werde. Weitere Gelder für öffentliche Investitionen aus den einzelnen Mitgliedstaaten zu erhalten, sei nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Zettelmeyer illustriert dies anhand neuer Berechnungen seines Instituts, die darlegten, dass die fiskalischen Anpassungsanforderungen durch die neuen Fiskalregeln bis zum Jahr 2038 eine für manche Mitgliedstaaten kaum zu leistende Steigerung ihres Primärsaldos zur Folge hätten. Etwa müssten Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und Belgien in den kommenden Jahren eine fiskalische Anpassung von mehr als 4 Prozent vornehmen, die aufgrund der neuen EU-Fiskalregeln zum überwiegenden Teil über Einsparungen finanziert werden müsste. Das wären historisch große Einsparungsanstrengungen und eine Realisierung daher äußerst fragwürdig. „Demzufolge ist eine Finanzierung des zusätzlichen Investitionsbedarfs in Europa am besten über einen erweiterten EU-Haushalt zu erreichen“, analysiert Zettelmeyer.

Eine gemeinsame Schuldenaufnahme sei hierzu der einfachste Weg, aber nicht der einzige. So könne man den EU-Haushalt effizienter gestalten, zum Beispiel durch eine Renationalisierung der Agrarsubventionen. Jedoch würde dies den Druck von der EU-Ebene lediglich auf die Mitgliedstaaten verlagern. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, weitere Steuern zu erheben, die direkt in den EU-Haushalt fließen. Daraus entstünde aber eine Steuerkonkurrenz zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Konkurrenz würde allerdings auch bei einer gemeinsamen Neuverschuldung auftreten, weil hier ebenso Steuererhöhungen notwendig wären, da die Verschuldung zurückgezahlt werden müsse. „Einfache Lösungen gibt es nicht“, resümiert Zettelmeyer, „nichtsdestotrotz muss bald, klug und schnell gehandelt werden.“



IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann



Diese Publikation ist
auch über das Scannen
des QR-Codes
kostenlos abrufbar:

